

Mayer: Lobbyarbeit für Soziales

Europaparlamentsabgeordneter besuchte EU-geförderte Caritas-Projekte

■ Das Caritas-Zentrum in Lohne hat 120 Arbeitsplätze.

Lohne. Sich in Brüssel stärker zum Lobbyisten für soziale Anliegen zu machen, dazu rief der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Peter Mayer im Rahmen eines Treffens mit Vertretern des Landes-Caritasverbandes für Oldenburg auf. „Jetzt ist die Stunde, mitzumachen“, sagte Mayer im Caritas-Integrationszentrum in Lohne, wo er zwei durch die Europäische Union geförderte Projekte besichtigte.

70 Prozent aller deutschen Gesetze kämen inzwischen aus Brüssel, stellte der Jurist die Wichtigkeit des Europäischen Parlaments heraus. Bei EU-Gesetzen sei dabei zu unterscheiden zwischen „Verordnungen“, die „Wort für Wort“ für jedes Land gelten würden, und „Richtlinien“, deren Mindestanforderungen die EU-Länder durch eigene Gesetze erfüllen müssten. Mayer: „Bei Verordnungen kann ich nur in Europa etwas bewegen.“ Derzeit wurden in Brüssel rund 10.000 Lobbyisten für die Wirtschaft und andere Interessengruppen arbeiten.

Von den vom Europäischen Flüchtlingsfonds geförderten Lohner Projekten „Fahrradwerkstatt“ und „Mobiles textiles Gestalten“ des Caritas-Sozialwerkes zeigte sich Mayer sehr beeindruckt. Überwiegend Frauen aus Thailand und Pakistan lernen beim textilen Gestalten an fünf Standorten in den Landkreisen



Prof. Dr. Hans-Peter Mayer (l.) beim Besuch des Projektes „Mobiles textiles Gestalten“. Bild: Privat

Cloppenburg und Vechta jeweils an einem Abend pro Woche das Nähen. Neben Jeanshosen oder einer Bluse würden die rund 50 Frauen gerade die Möglichkeit zum Gespräch schätzen, berichteten Caritas-Mitarbeiter.

In der Fahrradwerkstatt fertigen etwa 40 Männer überwiegend aus dem Irak und Kurdistan aus Einzelteilen Fahrräder – teilweise sogar zum Verkauf. Berufsbezogen gibt es im Lohner Inte-

grationszentrum darüber hinaus eine Jugendwerkstatt, die Projekte „Seniara“ und „Sprungbrett“ sowie den „Natur- und Umwelthof“. Einschließlich Anleitern beschäftigt das Caritas-Zentrum 120 Personen.

Die Sorge vor Streichungen bisheriger EU-Förderung ab 2007 etwa für die Eingliederung Arbeitsloser konnte Mayer im anschließenden Gespräch nur bedingt teilen: Trotz der Aufnahme weiterer

Länder in die europäische Gemeinschaft wird die EU soziale Projekte nach Ansicht Mayers auch weiterhin durch eine Art „Europäischen Sozialfonds“ fördern. Über Art und Höhe werde im Augenblick jedoch erst verhandelt. Jeder Förderung gehe die Frage voraus, ob Europa für das jeweilige Anliegen überhaupt zuständig sei. Hier gelte es, die Brisanz des jeweiligen Problems in Brüssel deutlich zu machen.